

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 27.03.2012

N i e d e r s c h r i f t

der 8. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 13.03.2012,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:05 - 21:40 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Christian Heimbach
Frau Eva Janzen
Herr Christopher Nübel
Herr Andreas Walldorf

Ausschussvorsitzender

(in Vertretung für Stv. Orłowski)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Dr. Johannes Dittrich
Frau Dorothe Küster
Herr Michael Oswald

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Dr. Bettina Speiser
Herr Dr. Markus Labasch

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler

Außerdem:

Herr Dr. Martin Preiß FDP-Fraktion
Herr Michael Beltz Die Linke.Fraktion
Herr Christian Oechler Piraten-Fraktion
Herr Michael Janitzki Fraktion LB/BLG
Frau Elke Koch-Michel Fraktion LB/BLG

(ab 19:55 Uhr)

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin
Frau Astrid Eibelshäuser Stadträtin

Von der Verwaltung:

Herr Ralf Pausch Dezernat III
Herr Dr. Holger Hölscher Stadtplanungsamt (bis 21:10 Uhr)
Herr Peter Ravizza Tiefbauamt (bis 21:10 Uhr)
Herr Reinhold Schwarz Tiefbauamt (bis 21:10 Uhr)
Herr Horst-Friedhelm Skib Stabsstelle (ab 19:19 Uhr)
Stadtentwicklung

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Natalie Orłowski SPD-Fraktion

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Beltz, Linke.Fraktion, bittet, den Tagesordnungspunkt 5 (14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Universitätsstadt Gießen; hier: Aufstellungsbeschluss für den Bereich "Grüninger Pfad", - Antrag des Magistrats vom 22.02.2012, STV/0722/2012) in der Beratung vorzuziehen und gemeinsam mit TOP 2 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, somit ist die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
- 1.1. Anfrage der Frau Sandra Brenzel gem. § 31 GO vom 08.03.2012 - Baumfällungen in der Wieseckau - ANF/0759/2012
- 1.2. Anfrage der Frau Sandra Brenzl gem. § 31 GO vom 08.03.2012 - Umgestaltung Kirchenplatz - ANF/0760/2012

2. 13. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Bänninger-Gelände";
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 20.02.2012 - STV/0710/2012
- 2.1. Bebauungsplan Nr. GI 04/27 "Bänninger-Gelände";
hier: Entwurfsbeschluss und Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 27.02.2012 - STV/0722/2012
3. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit ZOB, Kurzzeitparkplätzen, ebenerdiger Fahrradabstellanlage und Sanierung der Bahnhofstraße bis KP Liebigstraße.
Zustimmung zur kostenreduzierten Planung
- Antrag des Magistrats vom 27.02.2012 - STV/0714/2012
4. 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Universitätsstadt Gießen;
hier: Aufstellungsbeschluss für den Bereich "Grüninger Pfad"
- Antrag des Magistrats vom 22.02.2012 - STV/0719/2012
5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 03/04 "Bergkaserne I";
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 28.02.2012 - STV/0723/2012
6. Bebauungsplan Nr. GI 01/35 "Tiefenweg";
hier: Einleitung eines Bebauungsplanaufstellungsverfahrens
- Antrag des Magistrats vom 28.02.2012 - STV/0724/2012
7. Berichts Antrag betreffend Entwicklungsmaßnahme „Schandfleck Samen Hahn“
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2012 - STV/0746/2012
8. Prüfung des Baus eines Solarkraftwerkes auf dem Gelände der ehemaligen Mülldeponie Gießen-Allendorf
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.03.2012 - STV/0747/2012
9. Prüfung des Baus eines Radweges durch die Wieseckau
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.03.2012 - STV/0748/2012

10. Prüfantrag zur Verkehrsraumgestaltung Wißmarer Weg - Bootshausstraße - Sudetenlandstraße - Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 05.03.2012 - STV/0755/2012
11. Anbringung von Schildern gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus an öffentlichen Gebäuden - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 06.03.2012 - STV/0756/2012
12. Berichts Antrag zum Projekt Bitterling und zum Areal um den Tennisplatz - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 06.03.2012 - STV/0758/2012
13. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Nachdem durch den **Vorsitzenden** festgestellt wurde, dass die Fragestellerin der nachfolgenden Fragen nicht anwesend ist, teilt **Bürgermeisterin Weigel-Greilich** mit, dass die Antworten der Fragestellerin und den Fraktionen schriftlich zugeleitet werden.

Vorsitzender stellt fest, dass gegen diese Verfahrensweise keine Bedenken geäußert werden.

1.1. Anfrage der Frau Sandra Brenzel gem. § 31 GO vom 08.03.2012 - Baumfällungen in der Wieseckaue - ANF/0759/2012

Anfrage:

„Welche Antwort gebe ich meinem Kind auf die allmorgendliche Frage, warum in der Wieseckaue die schönen Bäume gefällt werden, die den Tieren Lebensraum geben und uns Schatten spenden?“

1. Zusatzfrage: „Aus welchem Grund ist es scheinbar unmöglich eine Gartenschau unter Einbezug des bestehenden Baumbestandes zu planen?“

2. Zusatzfrage: „Werden ebenso viele Bäume neu gepflanzt wie gefällt werden?“

**1.2. Anfrage der Frau Sandra Brenzl gem. § 31 GO vom ANF/0760/2012
08.03.2012 - Umgestaltung Kirchenplatz -**

Anfrage:

„Ich möchte mich gegen die evtl. Baumfällungen auf dem Kirchenplatz aussprechen, da diese den Platz qualitativ hervorheben und im Sommer Schatten spenden, wenn wir uns mit unseren Kindern dort aufhalten.“

1. Zusatzfrage: „Ich möchte darauf hinweisen, dass der Kirchenplatz nur selten als Veranstaltungsort genutzt wird, aber oft als Freizeitanlage.“

**2. 13. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich STV/0710/2012
"Bänninger-Gelände";
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 20.02.2012 -**

Antrag:

„1. Der Entwurf der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes ‚Bänninger-Gelände‘ wird beschlossen.

2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 durchzuführen.“

Die Tagesordnungspunkte 2 und 2.1 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr Dr. Hölscher, Stadtplanungsamt, erläutert ausführlich die aktuellen Planungen zum Bereich „Bänninger-Gelände“ anhand eines Planes. Er verweist auf die enormen Anstrengungen, das Areal überhaupt für eine neue Nutzung zur Verfügung zu stellen. Allein das Volumen der dort einst angesiedelten Deponie für „gefährliche Abfälle“ umfasse 340.000 Kubikmeter Schlämme, Schlacken, Formsande und Bauschutt. „Einige Millionen Euro“, die die Investoren der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Schiffenberger Weg aufbringen müssten, seien deshalb für die Flächenaufbereitung notwendig.

Ein weiterer Punkt seiner Erläuterung ist, dass die Regionalversammlung verfügt habe, dass auf beiden Seiten des Schiffenberger Wegs insgesamt nur 3.000 m² Verkaufsfläche für Sportartikel wie Textilien und Schuhe entstehen dürfen, mit denen der Innenstadt Konkurrenz gemacht wird. Diese Vorgabe solle durch Abschluss eines städtebaulichen Vertrags mit dem Unternehmen Intersport erfüllt werden.

Weiter berichtet er, es sei bekannt, dass Intersport bereits jetzt an der Karl-Glöckner Straße eine Filiale mit 2.700 m² Verkaufsfläche betreibe. Jetzt wolle Intersport auf dem Bänninger-Gelände einen Großmarkt mit 5.000 m² Verkaufsfläche errichten. Auf den ersten Blick stehe diese Ausgangslage im Widerspruch zu der vorgenannten Vorgabe. Aber dem sei nicht so, da auf dem Bänninger-Gelände die genehmigten 3.000 m² innenstadtrelevante Sportsortimente untergebracht und die übrigen 2.000 m² für große Sportgeräte reserviert werden könnten, die für die Innenstadt unschädlich seien.

Auf eine Nachfrage, was dann aus der Filiale an der Karl-Glöckner Straße werde, antwortet **Herr Dr. Hölscher**, dass sich dies aus den „textlichen Festsetzungen“ des Planentwurfs erkläre, denn dort werden Fahrräder zu den „nicht zentrenrelevanten Sortimenten“ gezählt, was die Ansiedlung eines großen Marktes für Fahrräder wahrscheinlich macht.

Hier wirft **Stv. Dr. Dittrich**, CDU-Fraktion, ein, was wohl die kleineren Gießener Radfachgeschäfte dazu sagen werden.

Stv. Dr. Speiser, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, entgegnet, dass ein solcher Großmarkt keine Konkurrenz für die Kleinen wäre und die Branche ohnehin ein „Wachstumsmarkt“ sei.

Weitere Fragen der Stv. Geißler, Beltz, Dr. Preiß und Oswald werden von Herrn Dr. Hölscher und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beantwortet.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; StE: CDU).

2.1. Bebauungsplan Nr. GI 04/27 "Bänninger-Gelände"; STV/0722/2012
hier: Entwurfsbeschluss und Durchführung der Offen-
legung
- Antrag des Magistrats vom 27.02.2012 -

Antrag:

- „1. Der Bebauungsplan GI 04/27 ‚Bänninger-Gelände‘ sowie die eigenständigen in den Bebauungsplanentwurf integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hessische Bauordnung) werden als Entwurf beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; StE: CDU).

**3. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit ZOB,
Kurzzeitparkplätzen, ebenerdiger Fahrradabstellanlage
und Sanierung der Bahnhofstraße bis KP Liebigstraße.
Zustimmung zur kostenreduzierten Planung
- Antrag des Magistrats vom 27.02.2012 -**

STV/0714/2012

Antrag:

„Der vorgelegten kostenreduzierten Planung zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit ZOB, Kurzzeitparkplätzen, ebenerdiger Fahrradabstellanlage und Sanierung der Bahnhofstraße bis KP Liebigstraße wird zugestimmt. Gemäß der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2011 wurden für die noch zu tätigen Ausgaben 6,0 Mio. € in die Haushaltsansätze 2012 - 2014 eingestellt.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich begründet kurz die Vorlage. Unter anderem führt sie aus, dass in den sechs Millionen Euro jene Kosten in Höhe von 3,3 Millionen Euro nicht mehr erfasst worden seien, die unter anderem durch Planung und Grunderwerb bereits zuvor angefallen seien. Ansonsten orientiere sich diese Planung an der vorherigen Planung - mit der Ausnahme, dass aufgrund der Haushaltsvorgaben der Kommunalaufsicht und dem daraus resultierenden Sparzwang die alte Treppe nicht grundlegend saniert werde, es keinen Kopfbau mit Aufzügen und keine Tiefgarage für Fahrräder geben würde. Zwar beinhalte die neue Planung „Qualitätsverluste“, die dazu führen, dass sich die gewünschte „städtebauliche Ordnung“ so nicht herstellen lasse, doch werden die verkehrslogistischen Anforderungen nahezu ohne Abstriche erfüllt.

Im Anschluss daran, stellt **Herr Ravizza**, Tiefbauamt, die neuen Planungen im Detail anhand von ausgehängten Plänen vor.

Stv. Küster, CDU-Fraktion, spricht von einer „schlampigen und unvollständigen Planung“. Vor diesem Hintergrund gibt sie für die CDU-Fraktion die nachfolgenden Fragen zu Protokoll. Sie bittet um schriftliche Beantwortung bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.03.2012.

„Problemkreis Grundriss

1. *Wo ist der alte Plan zum Zweck eines Vergleichs, ggf. einer Überlagerung mit der neuen Planung?*

Die Schleppkurven der Busse bei der Ausfahrt in Höhe Mr. Jones waren bereits in der alten Planung knapp bemessen. Die jetzige Lage der Fahrradanlage erscheint noch knapper.

2. *Wie breit sind die neuen Gehwege, früher waren es 4 m, das kann nicht mehr beurteilt werden?*
3. *Sind die Busspuren aus Beton oder Asphalt?*

4. Entspricht die jetzige Zahl an Bäumen der früheren?
5. Wieso wird die Zahl der Parkplätze reduziert? Wo ist der Wendepunkt der Fahrzeuge? Fahrradanlage kann auch hinter die neue Post
6. Was soll das Pflanzbeet vor dem Hotel Adler? Hier war früher eine Außenbestuhlung geplant
7. Wie wird der Hügel der Treppe seitlich abgefangen? Kopfbau ist nicht mehr vorhanden.
8. Wo ist die virtuelle Grenze des Platzes zur Abgrenzung vom Busverkehr? Gibt es die alte Platzmöblierung noch?
9. Welche Beleuchtung gibt es? Handelt es sich um Riesenstrahler?

Problemkreis Fahrradverkehr

1. Ein früheres Gutachten stellte einen Fahrradabstellbedarf von ca. 600 Rädern fest. Wie soll dieser mit den vorhandenen Flächen gedeckt werden?
2. Der Abstellraum am oberhessischen Bahnhof, seitlich der Treppe. Ist dieser Bereich außerhalb der sozialen Kontrolle im Aufenthaltsbereich problematischer Gruppen nicht völlig ungeeignet? Umzäunung? An dieser werden wieder wild Fahrräder angekettet.
3. Warum verzichtet man auf den Bereich hinter der neuen Post? Eilige für Gleis 1 haben dort einen idealen schnellen Zugang zum Bahnhof.
4. Für die Absicherung zu den Gleisen ist nunmehr anstelle einer Stelenwand ein Stabmattenzaun vorgesehen. Warum wurde dies verändert, obwohl die Deutsche Bahn AG u. a. wegen Blendschutz dies so wollte? Ist die Veränderung mit der Deutschen Bahn AG abgesprochen und von ihr akzeptiert? Warum schafft man wieder einen breiten verunstaltenden Raum zum Anketten von Fahrrädern?

Problemkreis Behinderte

Nach der neuen Planung der Bahnhofstreppe fehlt ein behindertengerechter Zugang zum Steg und damit zu den Kliniken gänzlich. Wie ist das zu erklären? Ist das mit den Verbänden abgesprochen? Wie ist deren Meinung zur neuen Planung?

Problemkreis Taxiverkehr

1. Welches Konzept besteht?
2. Wo stellen sich bereite Taxen auf?
3. Wie viele?
4. Wo stehen die anderen Taxen?

Problemkreis Oberflächenbelag

1. Wieso wurde eine Änderung des Plattenbelags vorgenommen?
2. Erfolgt eine neue Bemusterung mit Demonstrationsflächen auf dem Bauhof?
3. Welche Bürgerbeteiligung ist mit der Auswahl des Pflasters geplant?
4. An der Buseinfahrt in Höhe der neuen Post ist ein ‚Streetprint‘ Belag vorgesehen. Dieser hat sich an anderer Stelle schon als für Busse gänzlich ungeeignet erwiesen, da der Belag den Scherkräften nicht standhält. Welchen Sinn soll das machen?

Problemkreis Planungsrecht

Muss wegen der erheblich veränderten Planung eine neue Anliegerversammlung bzw. Bürgerbeteiligung durchgeführt werden?

Problemkreis Fahrgastinformationssystem

Das Fahrgastinformationssystem wurde ursprünglich vom RMV als sehr notwendig angesehen. Der Punkt am Bahnhof ist wesentlich für eine Ausdehnung auf den gesamten städtischen Verkehr. Wenn dieser unterbleibt, fehlt es später an der Infrastruktur. Die fehlende Echtzeitanzeige kann als Grund für den Verzicht nicht anerkannt werden.

Problemkreis Kosten

1. Maßstab für die Ausgangsplanung war ein Betrag von 15,9 Mio. € (siehe Vorlage STV/0438/2011 vom 19.10.2011). Die jetzige Magistratsvorlage weist einen Einsparbetrag von ca. 4 Mio. € aus. Die Gesamtkosten werden mit 5,75 Mio. € angegeben. Daraus ergibt sich folgende Rechnung:

Ausgangslage:	15,9 Mio.
Minus Einsparung	<u>4,0 Mio.</u>
Gesamtkosten	9,9 Mio.
Minus Neue Planung	<u>5,75 Mio.</u>
Fehlbetrag	<u>4,15 Mio.</u>

1. Sollen diese Summen Brutto oder Nettosummen bedeuten?
2. Sind in dieser Summe Honorare etc. mit eingerechnet?
3. In der Vorlage vom Oktober 2011 waren – wie bereits in der Vorlage von einem Jahr zuvor - 13 Teilbereiche mit Aufschlüsselung der Kosten in Zuschuss, Anlieger, Versorger, Stadt und Gesamtbruttokosten aufgeführt. Welche dieser Teilbereiche entfallen endgültig? Bleiben die Kosten für die verbleibenden Teilbereiche in der berechneten Höhe bestehen? Wenn ja, können die in der jetzigen Vorlagen ausgewiesenen Gesamtkosten nicht reell sein, wenn nein fehlt

in der Vorlage eine transparente, nachvollziehbare Neukostenberechnung.

Zahlen der Vorlage STV/0438/2011 vom 19. 10. 2011

Teilflächen	Vermutlich bleibend	Vermutlich wegfallend
TF1 Neue Busumfahrung zw. Bahnhofstr. u. Bahnhofsvorplatz	2.536.135,00 €	
TF 2a Bahnhofstr. zw. Bahnhofsvorplatz bis ‚An der alten Post‘ (ÖV-Bereich)	946.081,00 €	
TF 2b Bahnhofstr. von ‚An der alten Post‘ bis Liebigstr. (IV-Bereich)	1.326.082,00 €	
TF 3 Kurzzeitparkplatz mit ‚Kiss&Ride‘		545.658,00 €
TF 4 Zentrale Omnibushaltestelle f. Busse d. Regionalverkehrs	1.140.340,00 €	
TF 5 Gehweg vor Bahnhofstr. Nr. 94 u. 98 (vor Gaststätte ‚Mr. Jones‘)	221.000,00 €	
TF 6 Vorplatz am Bahnhof	1.460.200,00 €	
TF 7 Treppenaufgang zum Alten Wetzlarer Weg mit barrierefreiem (Aufzug) Kopfbauwerk		2.388.000,00 €
TF 8 Fahrradiefgeschoss (‚Bike&Ride‘)		1.502.000,00 €
TF 9 a u. b Teilstück ‚An der alten Post‘ als Parkhauszufahrt (IV-Bereich)	310.928,00 €	
TF 10 Teilstück ‚An der alten Post‘ hinter Hotel Adler	45.000,00 €	
TF 11 Baumaßnahmen auf Flächen der Deutschen Bahn AG	720.000,00 €	
TF 12 Parkhaus EG-Fläche (fiktiver Ansatz)	535.000,00 €	
TF 13 Gehweg vor Bahnhofstr. 93 - 99	172.610,00 €	
TF 00 Zuordnung von Kosten ohne Flächenzuordnung	2.036.870,00 €	

2. Was wird die ‚Reparatur‘ der Sandsteintreppe kosten und wann wird sie wieder in Gänze begehbar sein?

Die Tabelle wurde eingefügt, um die Summen zu verdeutlichen.“

Stv. Nübel, SPD-Fraktion, weist die vorstehende Kritik „scharf“ zurück. Stv. Küster spreche hier von der gleichen Verwaltung, die die CDU in den zehn Jahren ihrer Regierungsverantwortung immer hoch gelobt habe. Dass eine Veränderung dieser Haltung so rasch passiere, habe er nicht erwartet.

Nachstehende Punkte (Anmerkungen/Fragen) des **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, und die Antworten der Bürgermeisterin Weigel-Greilich werden auf seinen Wunsch hin zu Protokoll genommen.

Stv. Janitzki: „Es hat eine Stellungnahme des Revisionsamtes und der Kämmerei zu der Vorlage gegeben, ich weiß nicht, ob Sie aus dem Stand heute darüber berichten können, ansonsten sollte sie spätestens in der Stadtverordnetenversammlung inhaltlich

wiedergegeben werden. Ich finde es an sich selbstverständlich, dass wir bei Beschlussvorlagen, wo wir die Entscheidung treffen, auch solche Stellungnahmen zur Kenntnis gegeben bekommen. Das weitere ist, können Sie die Zusicherung geben, dass die - und das würde ich auch gerne wörtlich protokolliert wissen - dass die 6 Mio. Euro als Obergrenze nicht eingehalten werden? Das heißt, wenn jetzt, Sie sagen, es können durchaus Kostensteigerungen kommen, dass dann natürlich neu umgeplant werden muss. Oder wie begreifen Sie die 6 Mio. Euro? Das ist eben für mich nicht ganz klar rausgekommen.“

Wird durch diesen Beschluss, also der Vorlage jetzt zum Bahnhofsvorplatz, ein neues Darlehen oder teilweise ein Darlehen notwendig werden?“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Nein.“

Stv. Janitzki: „Und die erste Frage? Ich hatte vorher gefragt, Stellungnahme Revisionsamt und Kämmerei.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Da gibt es keine, die ist eingearbeitet, es gibt keine Stellungnahme mehr, die Vorschläge sind eingearbeitet.“

Stv. Janitzki: „Die sind nicht abgearbeitet, die Vorlage ist ja nicht verändert worden darauf hin, die ist dem Magistrat vorgelegt worden, danach hat es keine Änderung der Vorlage gegeben, wie kann die eingearbeitet sein?“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Lassen Sie sich doch bitte in Zukunft von ihrem Magistratsmitglied besser informieren, Herr Janitzki. Die Vorlage ist mit den eingearbeiteten Vorschlägen Kämmerei und Revisionsamt vorgelegt worden. Und die Stellungnahme war den Magistratsmitglieder (nicht verständlich).“

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, beantragt, die nachstehende Aussage der Bürgermeisterin Weigel-Greilich wörtlich zu Protokoll zu nehmen.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Zur Frage 1, das sind derzeit zum jetzigen Zeitpunkt alle Kosten, man kann das natürlich nie sagen, was ggf. noch dazu kommt. Und das 2. ist, die erwarteten Fördersummen sind die gleichen, die werden aber erst mit dem Förderbescheid (nicht verständlich) wissen und dann wird auch an der Stelle abgerechnet. Zum derzeitigen Zeitpunkt nichts Neues.“

Stv. Dr. Speiser, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **stellt für die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Initiativantrag:**

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Aufstellung einer elektronischen Anzeigetafel für die Stadt- und Regionalbusse am Bahnhofsvorplatz auch ohne ASV-Förderung erfolgen kann. Eine mögliche Finanzierung soll bis zur Stadtverordnetenversammlung dargestellt werden.“

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, gibt die nachstehende Frage zu Protokoll und

bittet um schriftliche Beantwortung bis zur Stadtverordnetensitzung:

„Wie sind die bisher angefallenen Kosten für die Projektsteuerung gewesen und wo ist der Rest geblieben, wenn da noch Reste übrig geblieben sind?“

Weiter beantragt er, seine nachstehende Frage sowie die Antwort der Bürgermeisterin ebenfalls zu protokollieren.

„Können Sie uns zusichern, dass der Kredit über 5 Mio. Euro, den wir im Hauptausschuss zur Kenntnis bekommen haben, mit keinem Euro für den Bahnhofsvorplatz verwendet wird?“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich: *„Ich glaube, da müssen wir die Kämmerei fragen, aber ansonsten kann ich Ihnen zusichern, das habe ich vorhin mit Nein beantwortet, aufgrund der Beschlussfolge werden keine neuen Darlehen fällig.“*

Des Weiteren merkt **Stv. Janitzki** an, dass die Folgekostenberechnung zur geänderten Vorlage fehle. Er beantragt, dass diese bis zur HFWRE- bzw. Stv.-Sitzung vorgelegt wird.

Während der Diskussion, an der sich die Stv. Beltz, H. Geißler, Janitzki, Koch-Michel, Nübel, Dr. Speiser, Dr. Preiß, Dr. Dittrich beteiligen, wird zudem Kritik geübt an Details wie die Führung der Taxis; es fehle die Möglichkeit, Behinderte bis direkt vor den Eingang des Bahnhofs zu bringen. Es wird die fehlende Bürgerbeteiligung für diese neuen Planungen bemängelt. Auch wird beklagt, dass kein nachvollziehbares Konzept für die Parkplätze für Fahrräder vorgestellt werde, denn es fehle zum Beispiel die Zahl des wirklichen Bedarfs. Und die neue Pflasterung sei ebenfalls nicht vorgestellt worden.

Bürgermeister Weigel-Greilich sieht die meisten Punkte im Zuge der alten Planung geklärt. Sie erinnert sich, dass sie bei der Vorstellung der Pflasterung, wie sie einmal geplant war, stundenlang auf Interessenten gewartet habe, doch kaum jemand sei gekommen. Das gelte auch für die Stadtverordneten. Die Frage der Taxis sei zudem längst geklärt und im Parlament besprochen worden.

Beratungsergebnis:

- Dem Initiativantrag wird einstimmig zugestimmt.
- Der Magistratsvorlage STV/0714/2012 wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, GR; Nein: CDU; StE: FW).

4. **14. Änderung des Flächennutzungsplanes der
Universitätsstadt Gießen;** **STV/0719/2012**
**hier: Aufstellungsbeschluss für den Bereich "Grüninger
Pfad"**
- Antrag des Magistrats vom 22.02.2012 -
-

Antrag:

- „1. Die Aufstellung der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes ‚Grüninger Pfad‘ wird für den in der Anlage dargestellten Geltungsbereich beschlossen.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

5. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 03/04** **STV/0723/2012**
"Bergkaserne I";
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 28.02.2012 -
-

Antrag:

- „1. Die Anregungen eines Verkehrsverbandes und zweier Träger öffentlicher Belange aus den durchgeführten Offenlage- und Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch/BauGB wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan GI 03/04 ‚Bergkaserne I‘ (Anlage 2) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) wird beschlossen.
3. Die eigenständigen, gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung/HBO (Teil B der textlichen Festsetzungen) und die wasserrechtliche Satzung nach § 37 Abs. 4 Satz 2 Hessisches Wassergesetz/HWG (Teil C) werden als Satzung beschlossen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

6. **Bebauungsplan Nr. GI 01/35 "Tiefenweg";** **STV/0724/2012**
hier: Einleitung eines Bebauungsplanaufstellungsverfahrens
- Antrag des Magistrats vom 28.02.2012 -
-

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage dargestellten räumlichen Plangeltungsbereich wird gemäß § 2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanaufstellungsverfahren eingeleitet.
2. Der Bebauungsplan ist gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB im beschleunigten Verfahren aufzustellen.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. **Berichtsantrag betreffend Entwicklungsmaßnahme** **STV/0746/2012**
„Schandfleck Samen Hahn“
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2012 -
-

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, ob und welche Schritte er hinsichtlich einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme bzw. welche vergleichbare Maßnahme er bezüglich des Bereichs Reichensand/Samenhahn unternommen hat.“

Der Antrag wird von **Stv. Dr. Dittrich** kurz begründet.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

8. **Prüfung des Baus eines Solarkraftwerkes auf dem** **STV/0747/2012**
Gelände der ehemaligen Mülldeponie Gießen-Allendorf
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.03.2012 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt den Bau eines Solarkraftwerkes auf dem Gelände der ehemaligen Mülldeponie bei Allendorf zu prüfen.
Wenn die Prüfung ein positives Ergebnis zeigt, soll der Magistrat bei privaten Investoren für dieses Projekt werben.“

Nach kurzer Diskussion, an der sich die Stv. Dr. Preiß, Heimbach, Küster und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beteiligen, stellt **Stv. Dr. Preiß**, FDP-Fraktion, den Antrag in der Beratung und Beschlussfassung für eine Sitzungsrunde zurück.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

**9. Prüfung des Baus eines Radweges durch die Wieseckau STV/0748/2012
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.03.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt den Bau eines Radweges durch die Wieseckau zu prüfen. Der Radweg soll nicht neben der Philosophenstraße erfolgen. Vorgeschlagen wird eine Strecke von der Wieseckbrücke auf dem vorhandenen Feldweg direkt zum Gebiet Ursulum.“

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, begründet den Antrag.

Stv. Oswald, CDU-Fraktion, rät den Antrag zurück zu ziehen, da dieser Vorschlag nicht realistisch sei. Zudem entspreche er auch nicht dem Ansinnen des Ortsbeirates Wieseck. Der Wunsch des Ortsbeirates und der Wiesecker ist der Bau eines Radweges entlang der Philosophenstraße und nicht irgendwo mitten durch das Feld.

Stv. Nübel, SPD-Fraktion, schließt sich den Ausführungen des Stv. Oswald an und schlägt deshalb eine Verweisung des Antrages in den Ortsbeirat vor.

Dieser Vorschlag wird von **Stv. Dr. Preiß** nicht in Erwägung gezogen, er bittet um Abstimmung des Antrages.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Stv. Dr. Labasch, Geißler und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Einstimmig abgelehnt.

**10. Prüfantrag zur Verkehrsraumgestaltung Wißmarer Weg - STV/0755/2012
Bootshausstraße - Sudetenlandstraße
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 05.03.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird im Rahmen der Neugestaltung der Verkehrsfläche ‚Einmündung

Bootshausstraße und Wißmarer Weg/Sudetenlandstraße' darum gebeten zu prüfen:

1. Ob es der Verkehrsraum zulässt, den in der Sudetenlandstr. befindlichen Radfahrerschutzstreifen ab Bahnbrücke/Wißmarer Weg bis zur bzw. ab Einmündung Sandfeld beidseitig fortzuführen bzw. zu beginnen.
2. Inwiefern es möglich ist, der sich unter den Bahnbrücke befindlichen Verkehrsraum so zu gestalten, dass sowohl die beidseitigen Fußwege als auch Fahrradschutzstreifen in ihren Abmessungen den aktuellen Richtlinien (ERA, RAST), besonders der Radfahrerschutzstreifen, entsprechen.
3. Ob es die Möglichkeit gibt, in dem unter 1. beschriebenen Straßenabschnitt eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h einzurichten und das Überfahren der Fahrbahnmitte zu untersagen.
4. Ob es praktikabel ist, die Herstellung der Beleuchtung an der geplanten Fußgängerquerung so zu gestalten, dass eine spätere Errichtung eines Zebrastreifens ermöglicht wird.
5. Inwiefern es möglich ist, die dem Auftaktplatz gegenüberliegenden städtischen Grundstücke (126.9) als Schulgarten für Kinder bzw. Schülerinnen und Schüler der benachbarten Kindergärten bzw. Schulen zu gestalten.“

An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Heimbach, Küster und Oswald.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

11. Anbringung von Schildern gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus an öffentlichen Gebäuden **STV/0756/2012**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 06.03.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, Schilder mit dem Text ‚Kein Ort für Nazis - Gießen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus‘ herstellen zu lassen, und an öffentlichen Gebäuden anzubringen.“

Stv. Beltz, Linke.Fraktion, begründet kurz den Antrag.

Die **Stv. Dr. Preiß**, **Heimbach** und **Oswald** sprechen sich gegen den Antrag aus.

Beratungsergebnis: Einstimmig abgelehnt.

12. Berichts Antrag zum Projekt Bitterling und zum Areal um den Tennisplatz **STV/0758/2012**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 06.03.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

1. Bitte geben sie eine genaue Beschreibung des Projektes Bitterling.
2. Welche landschaftlichen Veränderungen sind damit beabsichtigt?
3. Welche Abschnitte der Wieseck sind in welcher Art und Weise betroffen?
4. Welche Bäume müssen dafür gefällt werden?
5. Wann wird mit dem Projekt Bitterling begonnen und bis wann soll es beendet sein?
6. Bitte beschreiben Sie genau das Vorhaben, die Oberlache umzuleiten?
7. Wann soll mit dem Vorhaben, die Oberlache umzuleiten, begonnen werden?
8. Was plant die Landesgartenschau GmbH für das Areal um den Tennisplatz, das zwischen Schwanenteich und Waldbrunnenweg gelegen ist?
9. Was geschieht mit dem Wiesenareal dort, welches das Planungsbüro fälschlicherweise als ‚Extensivrasen‘ bezeichnet hat?
10. Welche Eingriffe wird es in das dort an der Wieseck befindliche Auwäldchen geben?“

Beratungsergebnis:

Ohne Diskussion mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: CDU, FW).

13. Verschiedenes

- **Stv. Koch-Michel**, Fraktion LB/BLG, fragt in Bezug der Offenlegung des B-Planes Wieseckkaue, warum die Offenlegung mit einer verkürzten Frist erfolge. Des Weiteren wurde die Offenlegung am 07.03.2012 in der MAZ veröffentlicht. Sie fragt, ob es bereits vorher eine Veröffentlichung in den beiden Gießener Tageszeitungen gegeben habe, da die Frist für die Offenlegung ja bereits am 01.03.2012 begonnen habe.

Bürgermeisterin Weigel-Greulich antwortet zur Frage der Veröffentlichung, dass sie dazu nichts sagen könne. Zudem sei die MAZ nicht das offizielle Verlautbarungsorgan der Stadt Gießen. Die Eilbedürftigkeit des B-Planes Wieseckkaue erkläre sich aus dem Eröffnungstermin 26.04.2014.

- **Vorsitzender** weist darauf hin, dass in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur am Donnerstag, 15.03.2012, ein Bericht zur

Umsetzung des Sonderinvestitionsprogramms des Landes Hessen und des Zukunftsinvestitionsprogramms des Bundes im Bereich des Hochbauamtes gegeben werde. Hierzu ist der Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr herzlich eingeladen.

- Abschließend teilt **Vorsitzender** mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr am Dienstag, 08.05.2012, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) W a l l d o r f

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e